

gehöre konstitutiv zu diesem Befreiungskampf. Die Evangelisierung einer Kultur setzte deren Existenz voraus. So müsse afrikanische Kultur zunächst wiedergewonnen und wiederhergestellt werden, als Möglichkeitsbedingung für eine lebendige Erfahrung des Evangeliums im afrikanischen Kontext.

Die Afrikaner betonten stärker als ihre Kollegen auch die Befreiung der einheimischen Kirche von finanzieller Abhängigkeit und Bevormundung: Das afrikanische Christentum habe seinen eigenen Weg gefunden, eigene Modelle christlichen Lebens entsprechend den Lebenserfahrungen des Afrikaners entwickelt.

In der Frage der theologischen Methodologie erkannten auch die afrikanischen Theologen die Bedeutung der marxistischen Gesellschaftsanalyse an, gingen aber im Ansatz davon aus, daß die Mechanismen der Entfremdung und die Klassenstrukturen im kapitalistischen System nicht die einzigen Faktoren der Entmenschlichung in Afrika seien. E. Mveng brachte in seinem Bericht hier den Ausdruck „System der anthropologischen Pauperisation“ ein, ein System, das den Menschen nicht nur ökonomisch ausbeute, sondern seiner Menschenwürde, seiner Kultur und Geschichte, seiner Identität beraube.

Die Absicht der Tagung, *Gemeinsamkeiten* und *Verschiedenheiten* zwischen den theologischen Konzepten

zu erörtern, bestimmte deren Verlauf. Nach einer offiziellen Eröffnung und dem Bericht der amtierenden Sekretärin, Sr. *Virginia Fabella*, über die abgelaufene Amtszeit 1981–1986, strukturierte sich der Arbeitsteil wie folgt: „*Gemeinsamkeiten*“, „*Verschiedenheiten*“ und „*Cross Fertilisation*“ waren die Arbeitstitel für je eine Tagesarbeit.

Als *Gemeinsamkeiten* wurden dabei vor allem die politische Situation der ökonomischen Ausbeutung, Militarisierung etc., der Kampf um Befreiung und das Ringen um eine angemessene theologische Methode hervorgehoben. Afrika und Asien stimmten auch in der Thematik des interreligiösen Dialogs überein.

Man tritt auf der Stelle

Zu den *Verschiedenheiten* wurde erneut festgestellt, daß für Afrika die Beziehung zwischen Religion und Kultur, für Asien eine theologische Öffnung dem asiatischen Denken gegenüber und für Lateinamerika die Analyse der Ursachen und Mechanismen der Unterdrückung von je eigenem Gewicht seien. Während asiatische Theologen eine kosmische Christologie ins Zentrum ihrer Theologie stellen, betonen die Lateinamerikaner eine inkarnatorische Christologie als Ausgangspunkt für ihr gesellschaftsbezogenes Heilsverständnis.

Es blieb in den Diskussionen meist

bei der Formulierung der jeweiligen Standpunkte, und obwohl eine Vielzahl der bedeutendsten EATWOT-Mitglieder anwesend war, überwog bei den Teilnehmern der Eindruck, „auf der Stelle zu treten“.

Der Arbeitsteil „*Cross Fertilisation*“ erbrachte die Erkenntnis, daß wichtige Bereiche des gegenseitigen Lernens die theologische Methodologie, die Verbindung von Theologie und kultureller, politischer und ökonomischer Analyse, schließlich theologische Grundfragen wie das Offenbarungsverständnis, Christologie und Ekklesiologie seien. Man verständigte sich darauf, eine „Theologische Kommission“ zu bilden und mit der Weiterführung dieser Themen zu betrauen.

Die EATWOT wird in den nächsten Jahren sehr ernsthaft an einer Vertiefung des interkulturellen Dialogs arbeiten. Als Plattform für den theologischen Austausch erscheint sie heute wichtiger denn je, nachdem hochgesteckte Erwartungen an konsensfähige Formulierungen der nüchternen Erkenntnis gewichen sind, daß die *Verschiedenheiten* tiefer wurzeln als erwartet. Als Instrumente des Dialogs sollen künftig ein neues redaktionelles Konzept der EATWOT-Zeitschrift „*Voices from the Third World*“ und die Arbeit der Kommission (Theological Commission, Church History, Women's Commission) dienen.

Th. K.

Wer dialogisiert mit wem?

Skeptische Hoffnungen in Polen

Wenige Wochen vor dem dritten Besuch des Papstes in seinem Heimatland und im Zusammenhang mit den Erwägungen anlässlich der päpstlichen Audienz für Staats- und Parteichef Wojciech Jaruzelski während dessen Rombesuchs im Januar liegt die Vermutung nahe, daß die äußeren Zeichen in Polen fünf Jahre nach dem Coup vom 13. Dezember 1981 auf weitere innenpolitische Entspannung stehen. Wurde in der polnischen Innenpolitik im fünften Jahr nach „Solidarność“ eine Wende eingeleitet? Folgt auf die Phase der Ausgrenzung politischer Gegner durch die Regierenden eine Phase des politischen Dialogs, von dem auch die katholische Kirche profitiert, und die von ernstgemeinten poli-

tisch-institutionellen und ökonomischen Reformen begleitet wird?

Nach dem 10. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (26. 6. – 3. 7. 1986), der mit einem persönlichen Erfolg für Parteichef Jaruzelski endete, aber auf wenig wahrnehmbares Interesse in der Bevölkerung gestoßen war, fand in Polen die *Freilassung der politischen Gefangenen* im Zuge der letzten Amnestie eine große Resonanz. Dem General und seinem Innenminister General *Kiszczak* war damit ein Überraschungscoup gelungen, der aber nur dann längerfristig eine innenpolitische Ent-

spannung einleiten konnte, wenn ihm ein positives Dialogangebot der Führung an die Gesellschaft folgte. Die Offerte kam dann mit dem Vorschlag Jaruzelskis der Einberufung eines gesellschaftlichen Konsultativrates. Ein solches Gremium war von ihm zwar schon auf dem 10. Parteikongreß empfohlen worden. Aber erst nach der Freilassung aller prominenten und unbekannteren politischen Häftlinge im September 1986 begann die öffentliche Diskussion über das nach ersten offiziellen Verlautbarungen noch recht nebulöse Angebot einer Institutionalisierung des politischen Dialogs mit der Gesellschaft, die von der katholischen Kirche seit der Veröffentlichung des ersten Memorandums des gesellschaftlichen Primarsrates im April 1982 angemahnt worden war.

Eine Schlüsselrolle für katholische „Neo-Realisten“?

Die Führung war darum bemüht, unabhängige und der Opposition nahestehende bekannte Intellektuelle aus dem Umkreis der katholischen Kirche für eine Mitarbeit in dem Konsultativrat zu gewinnen. Sie setzte dabei auf die sogenannten „Neo-Realisten“, wie *Artur Bodnar*, ein dem Entscheidungszentrum verbundener Warschauer Politikprofessor, die Kreise nennt, die die Brücke zum politischen Establishment nie vollständig abgebrochen hatten oder aus der „inneren Emigration“ herausgetreten waren und eine „realistische Wende“ vollzogen hatten. In der polnischen Publizistik war im Herbst 1986 das Werben um diese Gruppe ganz offensichtlich. Wie anders ist zu verstehen, daß Bodnar einen Artikel über „nationale Arbeit“ mit einem Zitat von *Józef Tischner* einleitete, den – so Bodnar – „hervorragenden katholischen polnischen Philosophen“, der im Jahre 1981 die Idee der menschlichen Solidarität und die Idee der Gewerkschaft „Solidarność“ philosophisch-ethisch untermauerte und Ratgeber und Seelsorger der Gewerkschaft war?

Ausgangspunkt für die Zusammenarbeit zwischen verständigungsbereiten Politikern und sogenannter gemäßigter Opposition soll die gemeinsame Sorge um die drohende zivilisatorische Deklassierung Polens sein. Gemeinsam müsse der Kampf für die Wirtschaftsreform und gegen die Bürokratien geführt werden. Die Interpreten der Warschauer Führung machen das Angebot eines Pluralismus politischer Organisationen unter der Bedingung, daß die Verfassung anerkannt wird, insbesondere der Passus, der der PVAP die Rolle der „führenden Kraft“ zugesteht. Daß der angebotene politische Pluralismus über den bisher lizenzierten „Pluralismus“ in der nationalen Front unter Parteiägide hinausgehen muß, um für die „Neo-Realisten“ akzeptabel zu sein, weiß auch die Jaruzelski-Führung.

Schließlich lud General Jaruzelski 56 Personen des öffentlichen Lebens zu einem Treffen am 6. Dezember 1986 im Staatsratsgebäude ein. Damit waren die Gründungsmitglieder des von Jaruzelski zum persönlichen

Anliegen gemachten gesellschaftlichen „Konsultativrates beim Vorsitzenden des Staatsrates“ bestellt. Der vertrauliche Charakter dieses neuen institutionellen Elements „im Prozeß der Konsultation und Planung sowie im Prozeß des Managements und Regierens“ wird dadurch unterstrichen, daß der Konsultativrat Jaruzelski als Staatsratsvorsitzendem persönlich zugeordnet wurde und keinem anderen Verfassungsorgan (Staatsrat, Ministerrat, Sejm) verantwortlich ist.

Teilnehmen oder nicht?

Der Gründung des Konsultativrates waren dreimonatige Verhandlungen zwischen den Behörden und verschiedenen Persönlichkeiten des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens über eine eventuelle Mitgliedschaft vorausgegangen. Die Chefunterhändler auf Regierungsseite waren der Vertraute Jaruzelskis und Stellvertreter im Amt des Staatsoberhauptes, Politbüromitglied *Kazimierz Barcikowski*, und ZK-Sekretär *Stanisław Ciosek*.

Jaruzelski lag insbesondere an der Teilnahme von gesellschaftlich anerkannten katholischen Persönlichkeiten, die zugleich über das Vertrauen des Episkopats verfügten. Der Staatschef wünschte sich besonders den Gewinn von: *Stanisław Stomma*, dem „elder statesman“ des polnischen Laienkatholizismus und ehemaligen Vorsitzenden des Primarsrates; *Andrzej Wielowieyski*, dem „Solidarność“-Berater und Publizisten; dem ehemaligen „Solidarność“-Berater und Chefredakteur der Wochenzeitung „Solidarność“, *Tadeusz Mazowiecki*, der nach dem 13. Dezember 1981 mehrere Monate in einem Internierungslager zubringen mußte; *Andrzej Świąćicki*, dem Vorsitzenden des Warschauer Klubs der katholischen Intelligenz (KIK) und dem Papstvertrauten und Herausgeber des Krakauer „Tygodnik Powszechny“, *Jerzy Turowicz*.

Die Gespräche konzentrierten sich um die Frage, welche Rolle der Konsultativrat im politischen Kalkül der Führung spielen sollte und gerieten durch die Weigerung der Regierungsbeauftragten, die Befugnisse des Gremiums präzise zu beschreiben, in eine Sackgasse. Schließlich sahen Stomma, Wielowieyski, Mazowiecki und Turowicz davon ab, sich in den Konsultativrat berufen zu lassen. Die Bereitschaft, das politische Risiko einzugehen und das Angebot Jaruzelskis anzunehmen, bezahlte Świąćicki mit der Abwahl vom Posten des Vorsitzenden des Warschauer KIK nach heftiger Diskussion über die Glaubwürdigkeit des Dialogangebots des Generals. Es wurden Stimmen laut, die davor warnten, daß Jaruzelski die Opposition mit einem geschickten Schachzug spalten wolle, indem er einen Teil für seine Politik einzuspannen suche. Die katholische Kirche war nicht direkt oder formell in diese Unterredungen involviert. Wie verlautet, soll ihr vertraulich angeboten worden sein, zehn von ursprünglich dreißig vorgesehenen Konsultativratsmitgliedern zu nominieren. Die Antwort sei negativ gewesen. Gleichzeitig soll Primas *Józef Glemp* jedoch diejenigen ermutigt

haben, die als katholische Persönlichkeiten an der Jaruzelski-Veranstaltung teilzunehmen gedachten. Wie schon bei der Vorbereitung der Wahllisten für die Sejmwahlen 1985 weigerte sich demnach die katholische Führung aus wohlwogeneren Gründen, als offizieller Schirm einer katholischen Partei zu dienen und damit für die Regierungspolitik in Polen haftbar gemacht werden zu können.

Auf der konstituierenden Sitzung des Konsultativrates wurde den 56 versammelten Mitgliedern eröffnet, daß das Gremium reinen *Beratungscharakter* habe und daß seine Rolle und Funktion von der Eigeninitiative seiner Mitglieder abhängen werde. Unklar blieb, auf welchem Wege der Rat seine Aktivitäten, Vorschläge, Meinungen, „dissenting votes“, der Bevölkerung mitteilen kann. Ursprünglich gab es die Idee, die Debatten in einem unzensurierten Spezialbulletin mit einer Auflage von 30 000 Exemplaren publik zu machen.

Die Meinungen über die Rolle und den Nutzen des Konsultativrates differieren selbst bei den Mitgliedern des neuen Gremiums: Der ehemalige Rechtsberater der „Solidarność“, der Anwalt *Władysław Siła-Nowicki*, bezeichnete die Gründung des Rates als „ermutigend“ und äußerte seine Hoffnung, daß alle sensitiven Probleme – insbesondere im Zusammenhang mit der Forderung nach einem Gewerkschaftspluralismus – auf den Ratssitzungen offen diskutiert werden können. Zugleich betrachtete der Anwalt seine Mitgliedschaft nicht als „ewig bindend“. Damit deutete Siła-Nowicki ein Risiko an, daß für Jaruzelski mit der Berufung von „gemäßigten Oppositionellen“ in den Konsultativrat verbunden ist. Sollten die wenigen angesehenen „Oppositionellen“ den Konsultativrat enttäuschen und möglicherweise demonstrativ verlassen, würde dies für die offizielle Dialogpolitik des Staatschefs und ganz allgemein für sein politisches Ansehen eine arge Schlappe bedeuten. Möglicherweise würde damit ein größerer politischer Schaden für die Führung entstehen, als wenn das Projekt vor seiner Realisierung gescheitert wäre.

Eine Warnung vor Manipulation

Übrigens appellierten Siła-Nowicki und ein anderes Konsultativratsmitglied, Prof. Krzysztof Skubiszewski, ein Posener Völkerrechtler, Mitglied des Primasrates bis 1984 und Delegierter des Episkopates im offiziellen Forum Bundesrepublik Deutschland – Volksrepublik Polen, drei Tage nach der Gründung des Rates gemeinsam mit anderen angesehenen Juristen, darunter ein ehemaliger Justizminister, an das Verfassungstribunal mit der Bitte, das Gewerkschaftsgesetz von 1982 auf seine Verfassungsmäßigkeit und seine Vereinbarkeit mit den Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation hin zu überprüfen. Der Antrag hat kaum Aussicht auf Erfolg. Aber der Demokratisierungsbewegung 1980/81 nahestehende Ratsmitglieder und unabhängige Kräfte der Gesellschaft setzten ein Zeichen, das die Behörden darauf

hinweisen soll, daß offensichtlichen Versuchen einer Manipulierung eines Teils der unabhängigen Intelligenz und des Gegeneinanderausspielens der Vertreter unterschiedlicher Strategien der Demokratisierung Grenzen gesetzt sind. Prominente Ratsmitglieder wie Siła-Nowicki, Świącicki u. a. wissen, daß sie sowohl von der politisch-ideologisch sehr heterogenen Opposition als auch von den Behörden aufmerksam beobachtet werden.

Kritiker des neuen Konsultativrates monieren, daß er nicht repräsentativ die politischen und gesellschaftlichen Kräfte im Lande widerspiegele. Allerdings gibt der bekannte Oppositionelle *Jacek Kuroń* zu, daß für das Gremium allein schon die Tatsache spreche, daß die Behörden damit zugegeben hätten, „daß, um mit der Gesellschaft zu sprechen oder einfach Macht auszuüben, einige institutionelle Veränderungen notwendig sind“.

Obwohl die bekanntesten Persönlichkeiten aus dem Beraterkreis der „Solidarność“ und der katholischen Intelligenz nicht Mitglieder des Konsultativrates sind, gehören ihm neben den erwähnten Siła-Nowicki, Świącicki, Skubiszewski einige weitere Mitglieder an, die „Solidarność“ bzw. der katholischen Kirche eng verbunden sind. Dazu zählen der Genetiker und Physiologe Prof. *Maciej Gertych*, stellvertretender Vorsitzender des im Sommer 1986 wieder ins Leben gerufenen Primasrates (mit dem ehemaligen Rektor der Technischen Hochschule Warschau, Prof. *Władysław Findeisen* an der Spitze, der im April 1981 erster gewählter Hochschulrektor Polens war), Prof. *Aleksander Legatowicz*, Jurist an der Universität Łódź, Prof. *Andrzej Tymowski*, Jurist und Sozialpolitiker, ehemaliger wissenschaftlicher „Solidarność“-Berater für Gesellschafts- und Beschäftigungspolitik, Prof. *Zbigniew Wierzbicki*, Soziologe und Mitglied der Bischöflichen Kommission für Fragen der Nüchternheit. Bei aller Skepsis, die dem Konsultativrat in weiten Kreisen der Gesellschaft entgegenschlägt, scheint es verfrüht zu sein, seine Etablierung einfach als Fassadenverschönerung abzutun. Wichtiger als die Erwartungen und Intentionen der Führung ist in diesem Fall die Frage, was die Ratsmitglieder, unter denen es neben den Genannten eine Reihe von unabhängigen und angesehenen Persönlichkeiten gibt, aus dem Konsultativrat machen.

Konsultation in der Wirtschaftspolitik noch fraglich

Ebenso wie die Einrichtung des gesellschaftlichen Konsultativrats soll die sogenannte *zweite Etappe der Wirtschaftsreform* von einer 1986 eingeleiteten Phase des intensivierten Dialogs und der Reform künden. Allerdings wurde die „zweite Etappe“ mit einer Initiative der Regierung eingeleitet, die vorläufig mit einer politischen Pleite endete, die Ernsthaftigkeit des Dialog- und Konsultationsangebots der Regierenden an die Regierten in Frage stellte und zugleich die Partei gegenüber Regierung und Plankommission als Garanten der Wirtschaftsreform profilieren sollte.

Das Problem der Wirtschaftsreform ist seit 1981 eng verbunden mit dem Schicksal der *betrieblichen Selbstverwaltungen*. Im Oktober 1986 hatte die Regierung Messner im Sejm ohne vorherige Konsultation und Diskussion zwölf Novellen zum Betriebsverfassungsgesetz von 1981 eingebracht, die u. a. die Rechte der betrieblichen Selbstverwaltungen entscheidend einschränken sollten. Dies führte Ende Oktober zu einem regelrechten Aufstand der Repräsentanten der Selbstverwaltungen im federführenden Sejmausschuß unter Vorsitz von *Stanisław Kania*, dem Parteichef von 1980/81.

In der unerwarteten sich anschließenden öffentlichen Diskussion über die Regierungsprojekte fanden Regierungschef *Zbigniew Messner* und die Plankommission von keiner Seite Unterstützung, am wenigstens von der Parteispitze (1. Sekretär Jaruzelski, Politbüro). Bei den Anhängern der „Solidarność“ galt das Regierungsprojekt als Ansinnen, das letzte Überbleibsel der Reformperiode 1980/81 zu liquidieren, bei den Anhängern einer an Effektivität und ökonomischer Rationalität orientierten Wirtschaftspolitik als Versuch der alten Wirtschaftsbürokratie und der Industrielobbies, ökonomisch widersinnige Privilegien zu erhalten bzw. wiederzugewinnen und die Wirtschaft zentralistisch zu kommandieren.

Nach dem gesellschaftlichen Protest und der Intervention des Politbüros hat eine ad hoc eingesetzte Arbeitsgruppe zwischen Regierung und Parlament den ursprünglichen Gesetzentwurf der Regierung erheblich verändert, und dem Sejm wurde die revidierte Fassung, die die dauerhafte Position der Selbstverwaltungen zumindest verbal bestätigte, am 18. Dezember 1986 erneut zur Beschlußfassung vorgelegt.

Die Rolle der kirchlichen Führung bleibt konstruktiv

Psychologische und politische Schützenhilfe erhielt die Politik Jaruzelskis von Primas *Józef Glemp*, der in seiner Dreikönigspredigt davon sprach, daß es an der Spitze des Staates auch Menschen gebe, die den ehrlichen Dialog wollten, da sie einsähen, daß man die Schwierigkeiten des Landes nicht mit Befehlen meistern könne. Schwerlich war jemand anders gemeint als Jaruzelski selbst, den Glemp gegen „Reaktionen der verknöcherten alten Bürokratie“ in Schutz nahm.

Eingebettet waren die versöhnlichen und vorsichtig optimistischen Worte des Kardinals in eine *lange Beschwerde-liste gegenüber den Behörden*: Die Schreiben des Amtes für Glaubensfragen erinnerten in ihrem Stil an Kaiser Joseph II. (Josephinismus). Der Staat gründe wieder Priesterverbände wie in verflossenen Zeiten, ohne sich mit der Kirche darüber zu verständigen. Er erziehe einen Teil der Jugend in bestimmten Schulen zu Elitekadern der Partei in antikirchlichem und antireligiösem Geiste. Als besonders negative Erscheinung der jüngsten Zeit stellte Glemp einen Artikel in der Wochenzeitung „Polityka“ über die Einkünfte des Klerus in Polen heraus.

Darin wurden dessen Einnahmen auf das Sechsfache des Durchschnittsgehalts beziffert. Der Primas stellte dazu fest, der Autor habe unterschlagen, wofür der Geistliche mit seinem „persönlichen Einkommen“ aufzukommen habe, und nannte den Unterhalt der Kirchenräume, die Gehälter der Vikare und der hauptamtlichen Mitarbeiter sowie soziale Aufgaben in der Gemeinde.

Die Sticheleien und teilweise auch sehr ernsthaften ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche auf der mittleren bürokratischen und publizistischen Ebene werden auch in Zukunft nicht aufhören. Das gebietet schließlich auch die „Selbstachtung“ des atheistischen, der „wissenschaftlichen“ Weltanschauung verpflichteten Staates. An diesem Selbstverständnis, der Inkompatibilität mit dem herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, war schließlich auch die Gründung der mit so vielen Hoffnungen und Illusionen verbundenen *kirchlichen Agrarstiftung* gescheitert (vgl. HK, Oktober 1986, 455). Übrigens wurden die 4 Mio. DM aus Mitteln der EG-Kommission, die vom Europäischen Parlament für die Agrarstiftung reserviert worden waren, ungeteilt umgewidmet für die Landwirtschaftsfachschule der Salesianer in Auschwitz, die einzige nichtstaatliche Berufsschule zwischen Elbe und Kamtschatka.

Möglicherweise gehören die von Kardinal Glemp erwähnten Halbwahrheiten und kirchenfeindlichen Artikel und die bürokratischen Nadelstiche im Sinne der Selbstvergewisserung zur Pflichtübung des sozialistischen Staates im Vorfeld des zu erwartenden dritten Triumphzuges Johannes Pauls II. durch Polen vom 8. bis 14. Juni 1987. Das Tabu, aus Rücksicht gegenüber der Sowjetunion keine Stadt östlich der Weichsel zu besuchen, wird offenbar gebrochen, wenn Johannes Paul II. nach Lublin reisen wird, den Sitz der einzigen katholischen Universität im sozialistischen Lager und Zentrum der 1980/81 in Südpolen stark konzentrierten Bauern-„Solidarność“. Mit Danzig und Stettin wird der Papst die Geburtsstätten der „Solidarność“ besuchen, deren Visite ihm während seines zweiten Polenbesuchs 1983 noch verwehrt war.

Kommt es zu einem wirklichen Dialog?

Die erste Reaktion in den meinungsbildenden Kreisen Polens auf die Amnestie konnte man als skeptische Hoffnung bezeichnen, daß es wider Erwarten doch noch zu einem diese Bezeichnung verdienenden Dialog zwischen den Mächtigen und der Gesellschaft kommen könnte. Die Reaktion auf die Gründung des Konsultativrates war bereits bedeutend verhaltener bis ablehnend. Der vorläufig gescheiterte Versuch der Regierung Messner, die betrieblichen Selbstverwaltungen endgültig zu entmachten, bestätigte schon wieder das bereits traditionelle, durch vierzig Jahre Erfahrung begründete Mißtrauen in die politische Führung des Landes.

Über einen nachhaltigen Erfolg der von oben angekündigten Dialog- und Konsultationspolitik wird der „Mann

auf der Straße“ entscheiden, nicht der Konsultativrat beim Vorsitzenden des Staatsrates. Wenn er sich durch eine konsistente und überzeugende Wirtschaftspolitik angesprochen fühlte, hätte Jaruzelski viel gewonnen. Denn die bisherige gesellschaftliche Apathie und die fehlende Hoffnung der Mehrheit der Polen, insbesondere der jungen Generation der 15–30-jährigen, daß es noch in diesem Jahrhundert jemals zu einer grundlegenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage kommen könnte, wurden von der Jaruzelski-Führung als die eigentliche Bedrohung für den Kurs der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilisierung erkannt. Wenn Jaruzelskis noch sehr vage Angebote einer gesellschaftlichen Konsultation und einer durch gesellschaftliche Mitspracherechte abgesicherten Wirtschaftsreform von den Menschen als glaubwürdig verifiziert werden könnten, hätte er einen entscheidenden politischen Sieg errungen.

Gemäßigte Vertreter der Opposition würden eine Ausweitung der Befugnisse der Arbeiterselbstverwaltung als ein Zeichen für den guten Willen der Warschauer Führung deuten. Daß die Wiederezulassung eines Gewerkschaftspluralismus im Sinne der „Solidarność“ nicht im Bereich des politisch Möglichen liegt, wird von Realisten in der Opposition gesehen. *Lech Wałęsa* selbst äußerte sich dahingehend, daß die Wiederezulassung der „Solidarność“ keine Vorbedingung für den Dialog sei. Man wolle jedoch „auf irgendeine Weise, direkt oder indirekt,

die Möglichkeit der Mitbestimmung im Lande haben.“ Die Vagheit der Forderungen Wałęsas mag ein Zeichen für den weiter nachlassenden Einfluß der „Solidarność“-Strukturen im gesellschafts-politischen Leben Polens wie für die allgemeine Unklarheit über die Formen einer Institutionalisierung des vielbeschworenen Dialogs sein, wie sie in der Diskussion über Sinn oder Unsinn des Konsultativrats sinnfällig zum Ausdruck kam.

Wenn sich die neuerwachte skeptische Hoffnung in Polen nicht bald in Enttäuschung auflöst, weil sich die angebotenen Dialoginstrumente wie Konsultativrat und betriebliche Selbstverwaltungen als reine Fassadenorganisationen mit Alibicharakter erweisen, wird sich der *politische Differenzierungsprozeß innerhalb der Opposition* weiter beschleunigen. Wenn die Jaruzelski-Führung die theoretische Einsicht, daß ihre Stabilisierungspolitik nur in einem System mit einer entwickelten gesellschaftlichen Infrastruktur möglich ist, in einem System, das nicht vom Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft bestimmt wird; wenn sie glaubwürdig vermittelt, daß sie die Interdependenz von weiterem Demokratisierungsprozeß und Realisierung der Ziele der Wirtschaftsreform erkennt, kann sie sich ungeachtet der weiterhin bestehenden weltanschaulichen Gegensätze der *kritischen Solidarität von seiten der Amtskirche* sicher sein. Aber die Glaubwürdigkeit bleibt das größte Problem. Und da macht sich die katholische Kirche keinerlei Illusionen.

Dieter Bingen

„Christliche Wertkategorien in der Arbeitswelt präsent machen“

Ein Gespräch mit dem Betriebsseelsorger Paul Schobel

Auch wenn die tiefen ideologischen Gräben früherer Zeiten zwischen Kirche und Arbeiterschaft so heute kaum mehr anzutreffen sind, gibt es in der kirchlichen Gemeinde – wie Oswald von Nell-Breuning einmal formulierte – vergleichbar der Situation in der säkularen Gesellschaft weiterhin eine „unsichtbare Trennwand“ zwischen den Kreisen, die sich für „besser“ halten und der Arbeiterschaft. Auch zwölf Jahre nach dem Beschluß „Kirche und Arbeiterschaft“ der Würzburger Synode und fünf Jahre nach der Enzyklika „Laborem exercens“ Johannes Pauls II. steht die Arbeiterschaft innerhalb der Kirche immer noch am Rande. Seit Jahren gibt es Versuche, mit Hilfe einer eigenen „Betriebsseelsorge“ das Verhältnis von Kirche und Arbeiterschaft zu verbessern. Über diese neuartige Form der Seelsorge sprachen wir mit einem der Betriebsseelsorger der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Paul Schobel in Böblingen. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Herr Pfarrer Schobel, unter Militärseelsorge, Hochschuleseelsorge, Gefängnisseelsorge kann sich ein Zeitgenosse normalerweise etwas vorstellen. Die Sparte,

die Sie vertreten, die Betriebsseelsorge, ist demgegenüber bis heute nicht ins allgemeine Bewußtsein vorgedrungen. Was ist das eigentlich – Betriebsseelsorge?

Schobel: Ich kann diese Frage nur auf mich selbst bezogen beantworten. Es gibt kein bundeseinheitliches Statut der Betriebsseelsorge. Unterschiedliche Konzepte, Ansätze und Etiketten werden nebeneinander verwendet bzw. konkurrieren miteinander. In unserer Diözese Rottenburg-Stuttgart haben wir bei der Suche nach einem Nenner auf den alten und durchaus fragwürdigen Begriff der Betriebsseelsorge zurückgegriffen. Ein Betrieb hat keine Seele, sagen die Arbeiter. Wenn wir diesen Begriff dennoch verwenden, geht es uns um eine Angabe über die Zielgruppe, nämlich die in einem Betrieb Tätigen bzw. die Arbeiterschaft, und um den Hinweis darauf, daß es sich um einen seelsorgerlichen Ansatz handelt. Ich persönlich verbinde damit die *Option für die Armen*, d. h., ich wende mich nicht unterschiedslos an die ganzen Belegschaften der Betriebe, sondern bemühe mich um eine evangeliumsgemäße Vorliebe für die Ärmern, die